

Iran: Wahlschlappe und Sanktionen

Hat iranische Politik Spielräume gewonnen?

Johannes Reissner

Die drei Wahlen in Iran am 15. Dezember 2006 – es fanden Wahlen zum Expertenrat, Kommunalwahlen und Nachwahlen zum Parlament statt – fielen für Präsident Ahmadinejad und seine Anhänger ungünstig aus. Gewinner waren die gemäßigeren »Prinzipientreuen« und Konservativen sowie Reformen. Die iranischen Wähler brachten mit ihrem Votum eine gewisse Distanz zu Ahmadinejads Populismus zum Ausdruck und ließen erkennen, dass die iranische Gesellschaft trotz des gestiegenen autoritären Drucks nicht politisch gelähmt ist. Allerdings standen innenpolitische Belange im Vordergrund, nicht die für den Westen so zentrale Nuklearfrage oder Ahmadinejads Anti-Israel-Politik. Eine Woche nach den Wahlen verhängte der VN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Irans Nuklearprogramm. Das Selbstbewusstsein der pragmatischeren Kräfte in Iran ist zwar durch die Wahlen gestärkt worden. Ob sie Teherans Reaktion auf die Sanktionen aber positiv beeinflussen können, bleibt abzuwarten. Auch vom Westen ist Besonnenheit gefordert, damit die Spannungen im Verhältnis zu Iran nicht weiter eskalieren.

Es waren Haushaltsüberlegungen, die zur Zusammenlegung von drei verschiedenen Wahlgängen auf den 15. Dezember 2006 geführt hatten: Für diesen Tag wurden Wahlen zum Expertenrat, zu den Gemeinderäten und Nachwahlen zum Parlament anberaumt. Der von 86 Klerikern besetzte und alle acht Jahre vom Volk direkt gewählte Expertenrat hat der Verfassung zufolge die Aufgabe, den Revolutionsführer zu wählen, seine Amtsführung zu überwachen und ihn notfalls des Amtes zu entheben. Letzteres ist jedoch nur eine rein theoretische Möglichkeit. Die Arbeit des Rates, der nicht öfter als zweimal im Jahr

zusammenkommt, ist wenig transparent, weshalb die Beteiligung an früheren Expertenratswahlen eher gering war.

Wegen ebenfalls sehr niedriger Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 2003 in Teheran (ca. 12%) hatten die Reformen ihre Mehrheit im Stadtrat verloren, so dass Ahmadinejad Bürgermeister werden konnte. Nach dessen Wahl zum Staatspräsidenten 2005 und dem anschließenden massiven Vordringen der Neo-Fundamentalisten vom Schlage Ahmadinejads hatten sowohl die Expertenrats- als auch die Kommunalwahlen dieses Mal große politische Bedeutung, was sich in der Wahlbeteili-

gung denn auch deutlich niederschlug. Nach Angaben des Innenministeriums betrug sie im Landesdurchschnitt 63,7 und in Teheran immerhin 47 Prozent.

Der Expertenrat und Irans Zukunft als Republik

Bei den jüngsten Wahlen zum Expertenrat ging es um grundlegende Fragen der politischen Ordnung. Mit Ahmadinejads Wahl zum Staatspräsidenten 2005 war der Leiter des Imam-Khomeini-Forschungsinstituts in Qom, Ayatollah Taghi Mesbah-Yazdi, politisch in den Vordergrund getreten. Er hat sich als erbitterter Gegner der Reformbewegung einen Namen gemacht und gilt als geistlicher Mentor Ahmadinejads. Für ihn steht der Oberste Revolutionsführer, das höchste Amt im Staate, über der Verfassung – eine Position, die das komplizierte Verhältnis zwischen religiöser Legitimation und Volkssouveränität aus der Balance zu bringen droht.

Mesbah-Yazdi bezweifelte öffentlich, dass Khomeini eine Republik als Staatsform gewollt habe. Die Kennzeichnung als Republik sei für ihn nur ein Zugeständnis an die nachrevolutionäre Stimmung gewesen. Eigentlich habe Khomeini eine »islamische Regierung« gewollt, und auf dem Weg dorthin sei die Wahl Ahmadinejads ein wichtiger Schritt. Wahlen seien nur die akklamative Bestätigung dafür, dass jemand vom unfehlbaren 12. Imam (der nach dem Glauben der Schiiten im Verborgenen fortlebt und am Ende der Zeiten als Mahdi wiederkehrt) für ein Staatsamt auserwählt sei.

Die Versuche Mesbah-Yazdis und seiner nicht wenigen Anhänger, den republikanischen Charakter Irans zu unterminieren und seine demokratischen Institutionen weiter zu schwächen, stießen auf erheblichen Widerstand der klerikalen Revolutionselite, insbesondere des früheren Präsidenten Rafsanjani. Dessen Differenzen mit Mesbah-Yazdi und Ahmadinejad sind bekannt. Letzteren nannte er einmal einen »Quälgeist und Pfiffikus« (das persische Wort *mudhi* [gesprochen: musi] bedeutet

beides). Im Winter 2005 machte Rafsanjani in aller Öffentlichkeit unmissverständlich klar, dass die Republik und ihre demokratischen Institutionen sehr wohl ein zentraler Bestandteil des khomeinischen Staatskonzepts gewesen seien. Um die Front derer im Expertenrat zu stärken, die für das absolute Führerprinzip eintreten, machten sich im Gegenzug Mesbah-Yazdi und Ahmadinejad dafür stark, auch Nicht-Klerikern den Zugang zum Expertenrat zu ermöglichen – allerdings ohne Erfolg. Im Frühjahr 2006 nahm der Konflikt beider Lager fast handgreifliche Formen an, als eine Rede Rafsanjanis in Qom von Anhängern Mesbah-Yazdis gestört wurde.

Der Streit um den republikanischen Charakter Irans ist nicht nur als ideologische Meinungsverschiedenheit über die rechte Balance zwischen religiöser und demokratischer Herrschaftslegitimation zu sehen, sondern auch als Ausdruck sozio-politischer Unterschiede und ökonomischer Interessen. Rafsanjani repräsentiert die Handelsbourgeoisie, Mesbah-Yazdi und vor allem der von ihm geförderte Präsident Ahmadinejad stehen für die forcierte sogenannte »Militarisierung« der politischen Macht in Form des Vordringens von Persönlichkeiten aus dem Militär und vor allem den Revolutionsgarden und aus dem Sicherheitsapparat in die politische Administration.

Der Wahl des Expertenrats kommt eine weitere eminent politische Bedeutung zu: Der Oberste Revolutionsführer, Ayatollah Ali Khamenei, ist Jahrgang 1939, der Expertenrat aber wird auf acht Jahre gewählt. Es könnte folglich sein, dass der neu gewählte Expertenrat in dieser Frist einen neuen Revolutionsführer (oder ein Führungsgremium) zu wählen hat. Ende der neunziger Jahre und nach dem Jahreswechsel 2006/07 gab es Gerüchte über Khameneis schlechten Gesundheitszustand. Im Falle seines Todes könnte eine Stärkung der antiliberalen Kräfte vom Schlage Mesbah-Yazdis im Expertenrat gravierende Folgen für die Islamische Republik haben. Mesbah-Yazdi werden Ambitionen auf das Amt des Revolutionsführers nachgesagt.

Die Anhänger Mesbah-Yazdis traten zu den Expertenratswahlen an mit dem Slogan »Ablösung von Hashemi [Rafsanjani] und Rowhani [dem früheren Chefunterhändler bei den Nuklearverhandlungen]«. Doch das klerikal-politische Establishment wider setzte sich den anti-republikanischen Tendenzen. Der für die Zulassung von Kandidaten zuständige Wächterrat blockierte nicht nur wie erwartet Aspiranten aus dem Reformlager (sogar solche, die schon im Expertenrat saßen), er ließ auch Anhänger Mesbah-Yazdis beim mündlichen Test durchfallen. Da die sechs klerikalen Mitglieder des Wächterrats vom Revolutionsführer ernannt und die weiteren sechs säkularen Mitglieder vom Parlament vorgeschlagen und vom Revolutionsführer bestätigt werden, dürfte das Aussieben der Mesbah-Yazdi-Anhänger von Khamenei gebilligt worden sein. Insgesamt ließ der Wächterrat nur 165 von 493 Bewerbern zu. Daher gab es in einigen Provinzen nur einen Kandidaten.

Gewinner der Wahlen, bei denen eine einfache Mehrheit genügt, war Rafsanjani. Er kam in Teheran auf den ersten Platz und erhielt fast doppelt so viele Stimmen wie Mesbah-Yazdi (6. Platz). Hasan Rowhani landete auf Platz 7. Dieses Ergebnis wurde im In- und Ausland als deutliches Indiz für den Sieg der gemäßigten Konservativen über die klerikalen Hardliner gewertet. Rafsanjani empfand diesen Erfolg nach seiner Niederlage gegen Ahmadinejad bei den Präsidentschaftswahlen 2005 auch als persönliche Genugtuung.

Die gewählten Mitglieder des neuen Expertenrats lassen sich politisch nicht eindeutig zuordnen. Die Fundamentalisten versuchten in ihren Medien die Niederlage der Mesbah-Yazdi-Anhänger zu beschönigen und bekundeten damit ihre Unzufriedenheit mit dem Ausgang der Wahlen.

Die Reformer hingegen begrüßten Rafsanjanis Erfolg. Ungeachtet ihrer früheren heftigen Fehden mit dem ehemaligen Präsidenten gilt er ihnen als politisches Schwergewicht, das die Kräfte um Mesbah-Yazdi und Ahmadinejad zu bremsen vermag. Die

auf diesem Faktor beruhende Annäherung zwischen Reformern und Rafsanjani wurde auch medial in Szene gesetzt: Rafsanjani ging demonstrativ gemeinsam mit Khatami zur Wahl in die Jamaran-Moschee.

Inwieweit sich die Wähler von Bedenken leiten ließen, dass ein Wahlsieg der Anhänger Mesbah-Yazdis den republikanischen Charakter Irans in Zukunft beeinträchtigen könnte, ist schwer zu sagen. Umfragen dazu gibt es nicht. Für die politische Klasse aber dürften solche Erwägungen sehr wohl eine Rolle gespielt haben. Das lässt jedenfalls die triumphierende Aussage von Mostafa Tajzadeh erkennen, Mitglied des Zentralrats der Organisation der Mojahedin der Islamischen Revolution, einer wichtigen Partei des Reformblocks: »Selbst der unfehlbare Imam kann nicht ohne die Stimme des Volkes regieren!« Im allgemeinen aber dürfte das schlechte Abschneiden Mesbah-Yazdis und seiner Anhänger den gleichen Grund haben wie das der Pro-Ahmadinejad-Gruppierung bei den Kommunalwahlen: Die Mehrheit der Wähler wollte das Regierungslager in seine Schranken weisen.

Die Kommunalwahlen

Die ersten Wahlen für Stadt- und Kommunalräte fanden 1999 unter Präsident Khatami statt, obwohl die entsprechenden Repräsentationsorgane schon in der Verfassung von 1979 vorgesehen waren. Für die Wahlen vom 15. Dezember 2006 konnten sich die sogenannten »Prinzipientreuen« (*usulgaran*, »Fundamentalisten«, in englischsprachigen iranischen Zeitungen *principle-ists*) nicht auf eine Wahlliste einigen: Die Anhänger Ahmedinejads kandidierten auf der Liste »Der Wohlgeruch des Dienstes [am Volke]«, die des Bürgermeisters von Teheran, Mohammad Baqer Qalibaf, traten mit einer eigenen Liste als »Große Koalition der Prinzipientreuen« an.

Qalibaf hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2005 als Gegenkandidat von Ahmadinejad recht gut abgeschnitten und war anschließend dessen Nachfolger im Amt

des Bürgermeisters von Teheran geworden. In dieser Funktion konnte Qalibaf, der zuvor Kommandant der Luftwaffe der Revolutionsgarden und dann Chef der *law-enforcement*-Truppen in Teheran gewesen ist, seinen Ruf als ein bei aller Prinzipientreue pragmatisch denkender und auf Effizienz bedachter Politiker festigen.

Als Zeichen für die Spannungen zwischen ihm und Ahmadinejad wird gewertet, dass Qalibaf in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Metropole nicht, wie es einmal Brauch war, zu den Kabinettsitzungen eingeladen wird. Wie auf der Website *Baztabnews* – hinter der Mohsen Reza'i steht, der Sekretär des von Rafsanjani geleiteten Schlichtungsrats – zu lesen war, wollte Ahmadinejad nach seiner Wahl Qalibaf auf einen Botschafterposten nach Japan oder Venezuela wegloben.

Die Aufspaltung der »Prinzipientreuen« in zwei konkurrierende Listen machte die Wahlschlappe der Parteigänger Ahmadinejads nur umso gravierender. Letztere konnten nur drei ihrer Kandidaten (plus zwei Nachrücker) in den 15köpfigen Teheraner Stadtrat bringen, die Qalibaf-Fraktion hingegen sieben (nach anderen Angaben sechs). Zudem wurden die Ahmadinejad-Anhänger von den Reformern überflügelt, die vier Sitze gewannen. In den Provinzen sollen die Verluste der Mitstreiter Ahmadinejads noch empfindlicher gewesen sein. Die oben für den Expertenrat getroffene Feststellung gilt allerdings auch hier: eine verlässliche Zuordnung der Gewählten zu politischen Richtungen ist mangels valider Daten nicht möglich.

Fraktionierung im Regierungslager

Dass die politischen Kräfte, die 2005 Ahmadinejads Wahl zum Präsidenten gefördert haben, keineswegs geschlossen hinter ihm stehen, ist seit langem bekannt. Überraschend jedoch war, dass sich die Unzufriedenheit mit den ersten 18 Monaten seiner Regierung so deutlich im Wahlergebnis niederschlug. Kritisiert werden vor allem der Politikstil, die geringe Effizienz

in der Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik der Regierung Ahmadinejad.

Das Regierungslager gliedert sich in die eher traditionell konservativen und die fundamentalistischen neo-konservativen Gruppen. Aufgrund der schwach ausgebildeten Parteienstrukturen sind die Grenzen zwischen ihnen jedoch fließend. Zur ersten Gruppierung gehören die »Partei der Koalition Islamischer Vereine« (englische Kurzform: Islamic Coalition Party, ICP) und die »Islamische Ingenieursgesellschaft« (Islamic Engineers Society, IES), deren Anhänger vornehmlich in der konservativen städtischen Mittelschicht, insbesondere des Basars, zu finden sind. Zu den Kommunalwahlen traten sie als »Anhänger der Linie des Imams [gemeint ist Khomeini] und des Führerprinzips (*rahbari*)« an. Ihren Kandidaten, die sich gelegentlich auch mit der Bezeichnung »Prinzipientreue« schmückten, war allerdings freigestellt, auf der Pro-Ahadinejad- oder der Pro-Qalibaf-Liste anzutreten.

Die neo-konservativ-fundamentalistischen »Prinzipientreuen« hatten 2004 unter dem Namen »Abadgaran« (»Entwickler«, jene also, die für die Entwicklung des Landes kämpfen) die Mehrheit im Parlament erobert. Daraus traten Anfang 2006 die »Jung-Entwickler« (*abadgaran-e javan*) als politische Gruppierung hervor. Als mittlerweile offiziell registrierte Partei formierte sich die »Islamisch-Iranische Partei der Neudenker« (*hezb-e nouandishan-e iran-e eslami*). Deren bekanntester Mitbegründer ist der Journalist und Mitherausgeber der als konservativ-intellektuell geltenden Zeitung *Resalat*, Amir Mohebbian. Auch sie verstehen sich als »Prinzipientreue«, dürften aber eher der traditionell konservativen Richtung der »Partei der Koalition der islamischen Vereine« nahestehen, von der die Zeitung *Resalat* getragen wird.

Über die Ziele und die Programmatik der »Jung-Entwickler« und »Neudenker« ist in den Medien kaum etwas zu erfahren. Die Tatsache ihres Auftretens kann aber als Zeichen dafür gewertet werden, dass weiterhin jüngere Kräfte in die iranische Politik drängen. Im Gefolge von Ahmadinejads

Wahlsieg war die nachrevolutionäre, vom irakisch-iranischen Krieg (1980–88) geprägte Generation in die politische Administration aufgerückt. Die »Jung-Entwickler« und »Neudenker« sind vermutlich als eher zivile Komponente dieser Generation anzusehen. Sie stehen voll hinter dem politischen System der Islamischen Republik Iran, kritisieren aber die Politik des »prinzipientreuen« Establishments, so zuletzt dessen Unfähigkeit, sich auf eine schlagkräftige Einheitsliste zu einigen. In gewissem Sinne scheinen sie sich auch als »Reformer« zu verstehen, worauf die gelegentliche Verwendung des Ausdrucks »reformistisch-prinzipientreu« im Zusammenhang mit ihnen und den Qalibaf-Anhängern hindeutet. Als gewissermaßen Nachwuchs-»Prinzipientreue« geht es ihnen natürlich nicht um jene Art von Reformen, die sie als »Verwestlichung« verwerfen, wohl aber um ein im Interesse der Bürger besser funktionierendes Staatswesen. Unter der Ineffizienz von Staatsapparat und Bürokratie leidet schließlich die gesamte Mittelschicht ebenso wie die Mehrheit der iranischen Bevölkerung.

Aus der Vorwahlzeit wird von häufigen Treffen dieser Parteien mit anderen, ebenfalls dem Reformlager zugehörigen berichtet. Dies bestätigt den Eindruck, dass die Grenzen zwischen den politischen Fraktionen seit Ahmadinejads Wahl durchlässiger geworden sind. Bei Gesprächen mit der »Organisation der Mojahedin der Islamischen Revolution« und den »Dienern des Aufbaus«, die als Rafsanjani-Partei nur bedingt dem Reformlager zuzurechnen ist, soll auch die Frage zur Sprache gekommen sein, was denn unter »Prinzipientreue« eigentlich zu verstehen sei.

Auftrieb für die Reformer

Nach ihren Niederlagen bei den Kommunalwahlen 2003, den Parlamentswahlen 2004 und den Präsidentschaftswahlen 2005 hatten die Reformer eine Chance gesehen, beim Urnengang am 15. Dezember wieder Boden gutzumachen. Ihren Wahlkampf

hatten sie daher auf die existentiellen sozialen Probleme der Bevölkerung fokussiert und sich bemüht, die Politik der großen Versprechungen Ahmadinejads zu entlarven. Aus der Erfahrung, dass eine geringe Wahlbeteiligung immer zu ihren Lasten geht, riefen sie die Bevölkerung mit Nachdruck zur Stimmabgabe auf.

Ihren Wahlerfolg bewerteten die Reformer als beachtlich. Wie Safdar Hoseini, der Koordinator für den Wahlkampf der Reformer in den Provinzen und frühere Finanzminister der zweiten Regierung Khatamis, bekanntgab, verteilen sich die 1524 gewählten Kommunalräte in 256 Städten auf folgende politische Gruppierungen: 605 Reformer, 438 »Prinzipientreue« oder Konservative, nur 52 Ahmadinejad-Anhänger der Liste »Wohlgeruch des Dienstes« und 429 Unabhängige. Viele der Unabhängigen sollen Reformgedanken vertreten. Aufgrund lokaler politischer Verhältnisse hätten sie sich aber nicht zu den Reformern bekannt.

Für das Reformlager trat neben der »Partizipationspartei« (*hezb-e mosharekat*) die »Partei des Nationalen Vertrauens« (*hezb-e etemad-e melli*) an. Sie war als religiös-zentristische Partei vom früheren Parlamentspräsidenten Hojjatoleslam Mehdi Karrubi nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2005 gegründet worden. Zu ihren erklärten Zielen gehört, den elitären Charakter der Reformbewegung zu überwinden, landesweit auch in kleineren Städten und Dörfern Zellen einzurichten und sich für die Belange des Volkes zu engagieren. Diese Zielrichtung erschien den Wählern offenbar glaubwürdig, so dass Karrubi bei den Präsidentschaftswahlen den größten Teil der Stimmen in den Provinzen gewinnen konnte. In Wahlkommentaren betonen die Reformer entsprechend die Notwendigkeit, gerade in den Provinzen ihr elitäres Image abzustreifen.

Frauen

Wie schon bei früheren Kommunalwahlen wurde ein relativ hoher Anteil von Frauen

in die Räte gewählt. Dazu gibt die Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Mehrnush Najafi Ragheb, frisch gewählte Stadträtin von Hamadan, in ihrem Weblog interessante Informationen: Während der Frauenanteil in Leitungspositionen landesweit unter einem Prozent liegt und in den Parlamenten der letzten sieben Legislaturperioden durchschnittlich nur drei Prozent betrug, haben Frauen bei den ersten (1999) und zweiten (2003) Kommunalwahlen im Schnitt 7 Prozent der Stadtratssitze und 3,1 Prozent der Sitze ländlicher Räte erobert. Ragheb führt den relativ hohen Anteil von Frauen in den Kommunalräten auf deren Kompetenz in kommunalen Belangen zurück.

In Schiraz gewann die 25jährige Architekturstudentin Fatemeh Hushmand für die Reformer den ersten Platz im Stadtrat, in Teheran belegte die frühere Vizepräsidentin für Umweltfragen des Kabinetts Khatami, Masumeh Ebtekar, den neunten von 21 Plätzen (15 plus 6 Nachrücker). Bei den Nachwahlen zum Parlament gelang der bekannten Reformpolitikerin Soheila Jelodarzadeh die Rückkehr ins Parlament.

Allerdings gewannen keineswegs nur Frauen der Reformbewegung. In Teheran kam Parvin Ahmadinejad, die Schwester des Präsidenten, auf den achten Platz. Ihre Kandidatur war umstritten, musste doch der Eindruck entstehen, die Verwandten Ahmadinejads nutzten wie schon im Herbst 2005 sein Präsidentenamt aus, und das hatte seinem Ruf schon damals geschadet. Parvin Ahmadinejad hielt dem entgegen, dass sie länger in der Politik aktiv sei als ihr Bruder, was mit Blick auf ihre Aktivitäten im konservativen Frauenverein Zainab auch durchaus zutrifft.

Die vom Innenministerium veröffentlichten Wahlergebnisse nennen nur die Namen der Gewählten, nicht aber deren Parteizugehörigkeit. Aus den Namenslisten, die die Reformer bekanntgemacht haben, ist jedoch zu erschließen, dass sich der Anteil der Reformerrinnen und jener der gewählten Kandidatinnen aus dem breiten

Spektrum der Konservativen oder »Prinzipientreuen« ungefähr die Waage halten.

Bewertung

Sämtliche politischen Strömungen versuchten sich in ihren Medien als Wahlsieger zu präsentieren. Die Anhänger Ahmadinejads beschönigten ihre Wahlschlappe mit dem Hinweis, dass sie gemeinsam mit der Pro-Qalibaf-Gruppierung zum Lager der »Prinzipientreuen« gehören und also insgesamt gewonnen hätten. Das stimmt zwar rechnerisch, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Stimmeinbußen Ahmadinejads eben deshalb so deutlich ausfielen, weil die »Prinzipientreuen« zwei Listen bildeten. Die trotzig behauptung Amir Mohebbians von den »Neudenkern«, die Reformer hätten keinen einzigen Sitz gewonnen, wenn sich die »Prinzipientreuen« auf eine einheitliche Liste geeinigt hätten, zeigt nur, wie sehr die relative Stärkung der Reformer schmerzte.

Mohsen Reza'i, der Sekretär des Schlichtungsrats, wertete den Wahlausgang als Quittung für die ersten achtzehn Monate der Regierung Ahmadinejad. Das Volk habe statt Gerechtigkeit nur Populismus erfahren und statt einer selbstbewussten Außenpolitik nur Abenteuerium.

Als entscheidendes Ergebnis der Wahlen vom 15. Dezember 2006 ist festzuhalten: Die iranische Gesellschaft ist trotz des seit Ahmadinejads Amtsantritt gestiegenen autoritären Drucks nicht politisch gelähmt. Sie hat wieder einmal Wahlen dazu genutzt, die Politik zu beeinflussen. Viele Iraner haben sich bis zu einem gewissen Grade von Ahmadinejad distanziert, doch aus unterschiedlichen Gründen. Die Reformer haben politisch wieder Fuß gefasst, bleiben aber im Parlament und erst recht in der politischen Administration in der Minderheit. Zwischen den gemäßigten »Prinzipientreuen« und Reformern gibt es Kontakte, Übereinkünfte sind von Fall zu Fall möglich. Eine Konsolidierung der pragmatischeren Kräfte aber ist aufgrund ideologischer Differenzen unwahrscheinlich.

Trotz der Distanz zu Ahmadinejads Populismus, die sich in dem Wahlergebnis zeigt, darf dessen Wirkung nicht unterschätzt werden. Man kann durchaus von ihm profitieren, und sehr viele Menschen in Iran befinden sich in einer sozialen Lage, in der es ihnen gleichgültig ist, ob sie das zum Überleben Notwendige einer guten Wirtschafts- und Sozialpolitik oder blankem Populismus verdanken. Außerdem dürfte die politische Führung Irans Ahmadinejads Fähigkeit, eine »revolutionäre« Stimmung zu entfachen, weiterhin für nützlich halten.

Trotz des Denkkettels für Ahmadinejad und seine Regierung ist ein Politikwechsel nicht zu erwarten. Kritik wird nun aber selbstbewusster vorgetragen. Das galt auch schon für die Studentenproteste vor den Wahlen. Als der Präsident im November 2006 die Amir-Kabir-Universität für Technologie in Teheran besuchte, wurde er mit Sprechchören »Nieder mit der Diktatur« empfangen, einige Demonstranten steckten sein Foto in Brand.

Für westliche Politik ist wesentlich, dass die Distanzierung der iranischen Wähler von Ahmadinejad sich vor allem auf innenpolitische und wirtschaftlich-soziale Fragen bezieht, kaum auf die Nuklearfrage und die Anti-Israel-Politik. Die spannende Frage ist, ob sich das mit den Wahlen gewachsene Selbstbewusstsein der pragmatischeren Kräfte auch auf diesen Feldern positiv auswirken kann oder ob der eine Woche nach den Wahlen gefasste Sanktionsbeschluss des VN-Sicherheitsrats diese Kräfte letztlich wieder in Ahmadinejads Arme treiben wird.

Sanktionen

Nach langen internen Verhandlungen beschloss der Sicherheitsrat der VN am 23. Dezember 2006 Sanktionen gegen Irans Atomprogramm. Obgleich Irans politische Führung mit diesem Beschluss gerechnet hatte, wirkte er dennoch als Schock. Ahmadinejads trotzig Reaktionen sind in den internationalen Medien ausgiebig zitiert worden. Er wollte in der allgemeinen

iranischen Verurteilung der Sanktionen wie gewohnt den Ton angeben.

Einen Tag nach dem Sanktionsbeschluss diskutierte das Parlament in einer Dringlichkeitssitzung über Irans Verbleib im Atomwaffensperrvertrag. Der stellvertretende Parlamentsvorsitzende, Mohammad Reza Bahonar, mahnte in der Sitzung immerhin, dass man rational vorgehen müsse und markige Worte in der kritischen Lage nichts nützen würden. Beschlossen wurde am Ende nur, der Regierung die Entscheidung über die weitere Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) freizustellen. Dieser »Blankoscheck« für die Regierung, wie ihn Alaeddin Borujerdi, der Vorsitzende des außen- und sicherheitspolitischen Ausschusses, nannte, wurde vom Wächterrat umgehend akzeptiert. Während der Parlamentsitzung kritisierten im übrigen nicht nur Reformer, sondern auch Borujerdi, dass die Regierung ungeachtet des drohenden Sanktionsbeschlusses die umstrittene Holocaust-Konferenz (11.–12.12.) durchführen ließ.

Eine Woche nach dem Sanktionsbeschluss sprach sich der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats und Verhandlungsführer in Nuklearangelegenheiten, Ali Larijani, bei seinem Besuch in China für eine weitere Zusammenarbeit mit der IAEA aus. Entsprechende Erklärungen des Außenministeriums und der Regierung folgten. Damit ist Ali Larijani wieder politisch in den Vordergrund gerückt, nachdem er im Anschluss an die erfolglosen Gespräche mit dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, im Herbst 2006 etwas ins politische Abseits geraten war.

Die öffentliche iranische Diskussion über das Atomproblem hat nach den Wahlen an Transparenz gewonnen, zumal nun auch Kritik geäußert werden kann. Der frühere stellvertretende Verhandlungsführer, Hossein Mousavian, beispielsweise hat in vielen Interviews zur sachlichen Aufklärung über die Komplexität des Sanktionsbeschlusses beigetragen und vor einer

Verharmlosung der schwierigen Lage gewarnt. Der Chef des iranischen Rundfunks und Fernsehens, der nicht gut auf Ahmadinejad zu sprechen ist, hat die Sendung *Goft-e Gu* (»Dialog«) zugelassen, in der neben anderen auch der bekannte Politologieprofessor Zibakalam das politische Verhalten der Regierung in der Nuklearfrage kritisierte. Am 9. Januar 2007 griff sogar die dem Revolutionsführer Khamenei nahestehende Zeitung *Jomhuri-ye Eslami* in einem Leitartikel Ahmadinejad direkt an: Seine Kraftworte und widersprüchlichen Angaben über die Zahl der geplanten Zentrifugen könnten den Eindruck erwecken, Iran handele nur aus Trotz.

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion Irans bislang noch nicht zur Sprache gekommen ist, sind die spürbaren Auswirkungen der schon Anfang 2006 in Kraft getretenen Finanzsanktionen der internationalen Banken. Die schwindende Kreditbereitschaft westlicher Banken beeinträchtigt den Handel, und die fehlenden Auslandsinvestitionen sind, wie der Ölminister kürzlich zumindest andeutungsweise eingestand, für die iranische Erdöl- und Ergasproduktion längst zu einem Problem geworden.

Der Wandel in der inneriranischen Diskussion des Atomproblems ist nicht zu übersehen. Er erlaubt allerdings keine Rückschlüsse auf Teherans praktische Reaktion auf den Sanktionsbeschluss, ebensowenig übrigens wie die neuerliche prinzipielle Erklärung des Revolutionsführers, dass die Verantwortlichen Irans Recht auf Nukleartechnologie nicht preisgeben dürften. Doch ohne ein konkretes Signal, etwa der Bereitschaft zu einer kurzfristigen Suspendierung der Anreicherung, ist eine Wiederaufnahme der Atomverhandlungen nicht denkbar. Bis zu einer Entscheidung Irans, mit der erfahrungsgemäß erst kurz vor Ablauf der sechzigstägigen Frist zu rechnen ist, könnte sich das politische Klima weiter verschlechtern. Dies wiederum birgt die Gefahr, dass die fällige iranische Entscheidung von vornherein negativ interpretiert wird.

Die fünf Veto-Mächte des VN-Sicherheitsrats haben mit dem einstimmigen Sanktionsbeschluss, an dem auch Deutschland beteiligt war (5+1), ihre Geschlossenheit demonstrieren können. Doch die USA sehen darin nur einen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen, und vor allem Israel drängt darauf, Iran entschieden stärker unter Druck zu setzen.

Doch dies wäre riskant. Insbesondere wenn die Drohung einen Militärschlag gegen Iran implizierte, könnte sich die Haltung Teherans verhärten. Zudem würden die gemäßigten Kräfte, die ebenfalls von der Rechtmäßigkeit des iranischen Atomprogramms überzeugt sind, möglicherweise in die Arme Ahmadinejads getrieben. Die Entscheidung der USA, einen weiteren Flugzeugträger in den Persischen Golf zu entsenden, und die – von Tel Aviv allerdings dementierten – Meldungen, dass die israelische Luftwaffe einen Nuklearschlag gegen iranische Atomanlagen probe-spielen den iranischen Hardlinern in die Hände, und diese würden wohl sogar die Katastrophe einer militärischen Konfrontation in Kauf nehmen.

Die europäische und die deutsche Politik sollten deshalb weiter auf eine diplomatische Lösung drängen und versuchen, das in den Wahlen vom 15. Dezember gewachsene Selbstbewusstsein der pragmatischeren Kräfte in Iran zu nutzen. Der politische Austausch mit diesen Kräften sollte forciert werden.

Auch die Medien, die in der iranischen Wahrnehmung europäischer Politik eine große Rolle spielen, können dazu beitragen, einer gefährlichen Verschlechterung des politischen Klimas entgegenzuwirken. Sie sollten sich von ihrer Fixierung auf Ahmadinejads schlagzeilenträchtige Verbalattacken lösen. Schließlich entscheidet nicht er in der Nuklearfrage, sondern der Revolutionsführer Khamenei und der Nationale Sicherheitsrat. Und die Wahlen haben gezeigt: Iran lässt sich nicht auf Ahmadinejad reduzieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364